

Anfrage

**der Abgeordneten Henrike Brandstötter, Kolleginnen und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Inseratenkorruption im Finanzministerium**

Aufgrund der Vorwürfe der WKStA zur vermuteten Inseratenkorruptionsaffäre gegenüber hochrangigen Politiker_innen und Beamte_innen im Finanzministeriums startete am 11. Oktober 2021 die Interne Revision des Finanzministeriums ihre Untersuchungen. „Konkret sollen im Zusammenhang mit den von der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption erhobenen Tatvorwürfen gegen den Abteilungsleiter der angesprochenen Organisationseinheit die damit verbundenen Abläufe im BMF untersucht werden“, geht aus einer Anfragebeantwortung vom neuen Finanzminister Magnus Brunner hervor (8148/AB).

Nun liegen die Ergebnisse der Untersuchung vor. Der 140 Seiten starke Untersuchungsbericht der Internen Revision zeichnet ein eindeutiges Bild, das der Präsident der Finanzprokurator, Wolfgang Peschorn, folgendermaßen auf den Punkt bringt: „Die Verdächtigungen der WKStA haben sich nicht entkräften lassen“ (<https://kurier.at/politik/inland/finanzministerium-so-wurde-mit-beinschab-studien-getrickst/401844610>). Der Bericht beschäftigt sich unter anderem mit Vergaben von Inseraten ab dem Jahr 2015 und zeichnet das Bild eines Ministeriums, in dem in Sachen Transparenz und Compliance verheerende Zustände herrschen. Auffallend sind die extremen Steigerungsraten der Ausgaben für Kampagnen in diversen Medien seit dem Jahr 2015. Die sehr moderaten Ausgaben in der Höhe von 131.000 Euro aus dem Jahre 2015 hatten sich schon 2016 auf 2 Mio Euro verfünffzehnfacht. Zwei Jahre später lagen die Ausgaben schon bei 9,6 Millionen Euro. Dies ist eine Erhöhung der Ausgaben um das 73-fache innerhalb von 4 Jahren! In den ersten 3. Quartalen 2021 wurden laut RTR-Daten 6,26 Mio gemeldet. Im Zentrum des Berichts stehen vor allem Inserate, die während dieser Zeit in der Tageszeitung „Österreich“ geschaltet wurden. „Auch hier gab es Direktvergaben ohne Ausschreibung, obwohl Inseratenschaltungen eigentlich über die Bundesbeschaffung hätten erfolgen sollen. Außerdem ging die Initiative für die Schaltung von Inseraten laut Schuh stets von der Zeitung aus. Auch hier waren die Akten unvollständig“, so Finanzminister Brunner. (<https://www.puls24.at/news/politik/oevp-ermittlungen-bmf-revisionsbericht-bestaetigt-unregelmassigkeiten/251899>) Es steht also weiterhin der Verdacht im Raum, dass im Gegenzug für Inserate redaktionelle Inhalte abgesprochen wurden. Konkret soll es sich um Inhalte handeln, die den ehemaligen Kanzler Sebastian Kurz in ein besseres Licht stellen sollten bzw. Gegner_innen diskreditieren. Als Drehscheibe für die vermutete Inseratenkorruption wird die Kommunikationsabteilung des Finanzministeriums gesehen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

- N absoluten Zahlen und des Prozentsatzes.

www.parlament.gv.at

